

Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Vorsteherin EJPB
Bundeshaus
3001 Bern

Übernehmen Sie Verantwortung - JETZT!

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Ich wende mich an Sie als Vorsteherin des EJPB. Ich bin besorgt über die Zustände in Griechenland, besorgt über die Menschenrechtssituation und besorgt über die ausbleibende Reaktion der Staaten der Dublin-Zone. Und ich bin enttäuscht und schockiert über das Engagement der Schweiz. Die Aufnahme von 20 unbegleiteten Minderjährigen und der Versand von Hilfsgütern ist zynisch und schadet mehr als es nützt.

Das Internierungslager Moria darf nicht wieder aufgebaut werden! Und schon gar nicht unter Beteiligung der Schweiz! Die Lieferung von Hilfsgütern bringt für die Geflüchteten, welche auf den Strassen rund um die Brandruine Moria ausharren müssen, keine nachhaltige Lösung - im Gegenteil. Die griechische Regierung plant nicht den Bau von humanen Camps, sondern von Internierungslagern. Tage vor dem Ausbruch des Feuers wurden die Geflüchteten im Camp eingesperrt, nachdem erste positive Coronatests bekannt wurden. Die Menschen wurden dadurch einer Ansteckung durch Covid-19 wissentlich und willentlich ausgesetzt und ihrem Schicksal überlassen. In den neuen, geschlossenen Strukturen sollen die Menschen eingesperrt werden - mit sehr begrenztem Zugang für humanitäre Akteure. Wie die vergangenen Jahre zeigen, muss für die Rechtssicherheit, für die Wahrung der Menschenrechte und für die psychische sowie physische Integrität der Geflüchteten in diesem Lager das Schlimmste befürchtet werden.

Die Menschen in Lesbos sind jetzt akut in Gefahr. Angriffe durch rechtsextreme Gruppierungen, unverhältnismässige Gewaltanwendung durch die Polizeibehörden und die Blockade der Hilfeleistungen von humanitären Akteuren zeigen, dass die griechische Regierung weder fähig noch willens ist, für das Wohl und die Sicherheit der Geflüchteten zu sorgen.

In Ihrer Antwort zur Petition evakuieren JETZT haben Sie darauf verwiesen, dass die Schweiz bereits genügend unternahme, um die Menschen in Griechenland zu unterstützen. Dass diese Einschätzung unzutreffend war, zeigt sich in der aktuellen Situation.

Deshalb fordere ich Sie dazu auf:

1. die sofortige Aufnahme von Geflüchteten in der Schweiz einzuleiten und auf ihre jeweiligen Verfahren gemäss Art. 17 Dublin III Verordnung einzutreten;
2. beim griechischen Premierminister Kyriakos Mitsotakis zu intervenieren und ihn dazu aufzufordern, die Geflüchteten umgehend auf das griechische Festland zu evakuieren;
3. keine Geflüchteten mehr nach Griechenland zurück zu schicken;
4. die geleistete Nothilfe in Griechenland auf die Unterstützung der Menschen zu beschränken und jegliche Hilfe am Bau von geschlossenen Lagerstrukturen zu verweigern, sowie
5. alle diplomatischen Möglichkeiten vollständig und mit aller Kraft auszuschöpfen, um auf europäischer Ebene eine humane, auf die Menschenrechte abgestützte Migrationspolitik zu erwirken.

Die Situation in Lesbos zeigt das Versagen der europäischen Migrationspolitik nur beispielhaft. Ähnliche Situationen und Szenen beobachten wir seit Jahren auf dem zentralen Mittelmeer, in den Internierungslagern Lybiens, in den Grenzgebieten Melilla und Ceuta, sowie im französischen Calais. Die Externalisierungs- und Abschottungspolitik muss ein Ende haben - ein Ende, das in Lesbos seinen Anfang nehmen muss.

Ich erwarte Ihre persönliche oder öffentliche Stellungnahme zur Situation und der Reaktion der Schweiz.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Kopie an: